

Eine gekürzte Fassung der Stresemann-Rede erschien am 23. Juni 2014 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Im Namen der Stresemann-Gesellschaft bedanken wir uns für das zur Verfügung stellen der archivierten Textfassung:

23.06.2014, F.A.Z., Die Gegenwart (Politik), Seite 8 -
Ausgabe D1, D2, D2N, D3, D3N, R0, R1

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Weg ist das Ziel

Warum Deutschland und Frankreich in der Europa-Politik oft uneinig waren und doch immer wieder zusammenfanden.

Von Günther Nonnenmacher

Wer erinnert sich noch daran? Dem deutschen Außenminister Gustav Stresemann wurde 1926 zusammen mit seinem französischen Kollegen Aristide Briand der Friedensnobelpreis verliehen. Die beiden Politiker wurden geehrt für die Annäherung, die sie nach einem bis 1923 währenden "Kalten Krieg" zwischen den Kriegsgegnern des Ersten Weltkrieges zustande gebracht hatten. Diese Annäherung fand statt in einem Kontext, der noch ganz in den Kategorien des europäischen Gleichgewichts mit seinen multi- oder bilateralen Abkommen konzipiert war - von supranationalen Ansätzen war nicht die Rede. Deshalb schreibt Peter Krüger, der Historiker der Weimarer Außenpolitik, Stresemann habe sich nicht "mit den Aufgaben wachsend, zum modernen Europäer gewandelt. Doch sein Verständnis von nationaler Großmacht {sei} europäisch im Sinne seiner Zeit" gewesen, weil Stresemann "die enge Verflochtenheit der europäischen Staaten, ihre gemeinsame Verantwortung für die weitere Entwicklung und die Lösung gemeinsamer Probleme als wesentlich erkannte".

Das war ein außerordentlicher Fortschritt, allerdings einer, der dem Kriegsverlierer Deutschland leichter fiel als denjenigen, die auf der Seite der Sieger standen. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass französische Historiker wie Raymond Poidevin ("Die unruhige Großmacht") die Dinge anders sehen, mindestens nuancierter: Stresemanns Streben habe einzig dem Wiederaufstieg Deutschlands in den Kreis der Großmächte gegolten. Die Entspannungspolitik im Westen habe vor allem den Sinn gehabt, die Hände frei zu bekommen für eine Revision der Grenzen im Osten und für die Erschließung Mitteleuropas und Russlands als den "natürlichen Absatzmärkten" Deutschlands, von denen schon Rathenau gesprochen hatte. Stresemanns "Verständigungspolitik" mit Frankreich sei im Grunde taktischer Natur gewesen.

Ohne darüber ein endgültiges Urteil fällen zu wollen, lässt sich eines mit Sicherheit sagen: Der Cantus firmus, der die Außenpolitik der Zwischenkriegszeit auf deutscher Seite durchzog, war der Wille zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg - schon um die aus dem Versailler Vertrag folgenden Reparationslasten tragen zu können. Und auf französischer Seite war dieser Cantus firmus die Angst vor der wirtschaftlichen (und damals auch noch demographischen) Dynamik Deutschlands, des großen industriellen Aufsteigers der Vorkriegszeit, einer Dynamik, der sich Frankreich nicht gewachsen fühlte.

Hier ist der Vergleich zur heutigen Zeit mit Händen zu greifen. 1983, sieben Jahre vor der deutschen Vereinigung, gab der bereits zitierte Raymond Poidevin einen pessimistischen Vorblick auf die damals noch unbekanntere Zukunft: "Träumen denn nicht manche Deutsche insgeheim von einer Wiedervereinigung, die Deutschland den Aufstieg zur dritten Supermacht ermöglichen könnte? . . . Das wiedervereinigte Deutschland . . . würde unweigerlich den europäischen Rahmen sprengen. Innerhalb Europas wäre kein Staat in der Lage, ihm eine Vormachtstellung streitig zu machen, die sämtliche Bereiche umfassen würde."

Dass dies, trotz mehr als drei Jahrzehnten europäischer Integration und damals zwanzig Jahre nach dem deutsch-französischen Vertrag, keine vereinzelte Angstvorstellung war, zeigte sich im Prozess der Wiedervereinigung. Auf der politischen Rechten wie auf der Linken in Frankreich tauchte die Furcht vor einer deutschen Hegemonie über Europa wieder auf. Präsident Mitterrand führte beständig das Wort vom Gleichgewicht in Europa im Munde, um seinen Mangel an Unterstützung für die Politik des Kanzlers Helmut Kohl und seine anachronistischen Besuche bei Gorbatschow in Kiew und bei Modrow in Ost-Berlin zu rechtfertigen - sie fanden, wohlgemerkt, nach dem Fall der Mauer statt. Dass der französische Präsident auf Margaret Thatchers Angebot eines gegen Deutschlands Wiedervereinigung gerichteten Bündnisses zwischen London und Paris oder gar einer Tripelallianz mit

Moskau nicht einging, ist vermutlich eher Mitterrands historischem Fatalismus als seiner politischen Weitsicht zu verdanken.

Dennoch ist der Unterschied markant: Die deutsch-französische Versöhnung ist eben, trotz der Spannungen im Zuge der Wiedervereinigung, nicht zusammengebrochen wie seinerzeit nach Stresemanns Tod im Jahr 1929 die Verständigungspolitik. Sie hat alle Regierungswechsel diesseits und jenseits des Rheins überlebt, trotz mancher Krisen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand, und einer der wichtigsten ist die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika. Während sich Amerika in der Zwischenkriegszeit sukzessive aus Europa zurückzog und den alten Kontinent dem Spiel der Mächte und dem gegenseitigen Misstrauen seiner Nationalstaaten überließ, blieb es nach dem Zweiten Weltkrieg präsent, politisch, vor allem aber militärisch als Führungsmacht der Nato. Als "outward balancer" machte Amerika die europäische Einigung erst möglich. Und weil 1989/90 Washington die deutsche Wiedervereinigung rückhaltlos unterstützte, blieben die rückwärts gewandten Manöver in London und Paris letztlich folgenlos. Die zweite Erfolgsbedingung der europäischen Einigung war natürlich die sowjetische Bedrohung, welche die westeuropäischen Staaten zusammenschweißte.

Aber der wichtigste Grund dafür, dass 1989/90 die europäische Integration weitergeführt wurde, war, dass nach fast vier Jahrzehnten ein auf der Welt beispiellos enges Netzwerk an Kooperationen und Konsultationen, an Verträgen und Abkommen entstanden war, das sich auch als Kommunikationsgeflecht bewährte, weil sein Zerreißen, politisch wie wirtschaftlich, nach dem Kalkül aller Beteiligten mehr Schaden als Nutzen gebracht hätte.

Dennoch sollte man sich vor Idealisierungen hüten. Wer den gegenwärtigen Zustand der EU adäquat beschreiben wollte, müsste ihn darstellen als ein zwischenstaatliches Gleichgewichtssystem, das in ein institutionalisiertes Verflechtungsgewebe eingebettet ist. Denn im europäischen Staatenverbund gab und gibt es ja immer wieder formelle und informelle Bündnisse oder Frontstellungen: Die oft bemühte "deutsch-französische Achse" ist eine solche Sonderbeziehung. In der gegenwärtigen Finanz- und Schuldenkrise hat es mehrfach Versuche gegeben, einen Block der notleidenden "Südstaaten" gegen die nördlichen EU-Länder zu bilden. Genauso existiert in manchen Fragen die vom damaligen amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in polemischer Absicht formulierte Unterscheidung zwischen "old Europe" und "new Europe", also zwischen Westeuropa und den neuen postkommunistischen Mitgliedstaaten der EU. Und natürlich hat es immer die fundamentalen Interessenunterschiede zwischen den sogenannten Geberländern und den Nehmerländern gegeben. Und stets, über die gesamte Geschichte der EWG/EG/EU hinweg, haben Großbritannien (seit seinem Beitritt) und Frankreich Wert gelegt auf ihre herausgehobene Stellung als Nuklearmächte mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat und weltpolitischen Ambitionen, die über den Ehrgeiz der meisten anderen EU-Staaten hinausgehen.

Europa ist entgegen mancher Prophezeiungen also nicht in die Zwischenkriegszeit zurückgefallen, und die unmittelbare Wiedervereinigungskrise war, was Frankreich, aber auch die gesamte EU angeht (man lese in Kohls Memoiren nur den Bericht über die "eisige Stimmung" auf dem Straßburger Gipfel im Jahr 1989 nach), bald überwunden. Die europäische Integration steht, blickt man auf die Agenda der Ratssitzungen, heute vor anderen, neuen Herausforderungen. Allerdings haben diese Herausforderungen - das ist bei genauerem Zusehen zu erkennen - immer noch mit der deutschen Vereinigung zu tun, auch wenn die Deutschen sich darüber manchmal nicht Rechenschaft ablegen.

Das gilt entgegen dem Anschein auch für die Staatsschulden- und Finanzkrise, die manche kurzerhand als "Euro-Krise" bezeichnen. Das ist im wahrsten Sinne des Wortes kurzschlüssig, weil der Euro, genauer gesagt, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, nicht daran schuld ist, dass fast alle Staaten der westlichen Welt - und so auch die europäischen - seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse leben und Berge von Staatsschulden angehäuft haben. Diesen Trend hatte Anthony Downs schon 1957 in seinem Buch "An Economic Theory of Democracy" als den Sozial- und Wohlfahrtsstaaten inhärente Problematik analysiert.

Dass der Begriff Euro-Krise kurzschlüssig ist, bedeutet nicht, dass er gänzlich falsch wäre. Die gemeinsame Währung hat in der Eurozone die Unterschiede zwischen der Leistungsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften und die unterschiedliche Seriosität der staatlichen Fiskalpolitiken dramatisch ans Licht gebracht. Ohne hier in die ökonomischen Details zu gehen: mit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise, nach dem "Lehman-Schock" im Jahr 2008, platzte die Illusion einer gleichgerichteten Entwicklung in der Eurozone, es kam zu einer Krise der Währungsunion mit politischer Dimension. Darauf folgten erst hastige Notmaßnahmen und dann zähe Verhandlungen. Letztlich setzte sich eine Strategie der internen Abwertungen durch, vulgo Austeritätspolitik genannt, also: Sparen, Sparen, Sparen, wünschenswerterweise begleitet von strukturellen Reformen - im Staatsaufbau, in den Systemen sozialer Sicherheit oder auf dem Arbeitsmarkt. Dazu kamen

schließlich die Rettungsschirme, eine Bankenunion und, vor allem, eine "unkonventionelle" Geldpolitik der EZB.

Was hat das nun mit der deutschen Wiedervereinigung zu tun? Die Wirtschafts- und Währungsunion war, auch wenn es dazu schon weit gediehene Vorarbeiten in Form von Berichten gab, auf die sich Kohl und sein damaliger Finanzminister Waigel bis heute berufen, die Basis, auf der sich Kohl mit Mitterrand für dessen Zustimmung zur "deutschen Einheit in europäischer Perspektive" einigen konnte. Wer die französischen Diskussionen der damaligen Zeit verfolgt hat, weiß, dass es Mitterrand und vielen anderen, auf der politischen Linken wie auf der Rechten, schon lange darum gegangen war, das strenge Regiment der Deutschen Bundesbank abzuschütteln, die de facto zur europäischen Zentralbank geworden war und deshalb auch die Geldpolitik der anderen nationalen Zentralbanken bestimmte. Auf eine neu zu gründende, wirklich europäische Zentralbank, eben die heutige EZB, glaubte die französische Politik mehr Einfluss nehmen und damit ihre nationalen Interessen fördern zu können. Dass es so nicht kam, muss hier nicht nacherzählt werden. Entscheidend ist, dass die heutige, besonders die französische Kritik an der Geldpolitik der EZB - dass sie nicht wie die amerikanische Fed Staatsfinanzierung betreiben dürfe; dass der Euro zu stark sei; dass als Auftrag nur das Inflationsziel festgeschrieben sei, aber nicht die Ankurbelung von Wachstum - im Grund nur ein "remake" der alten Kritik an der Bundesbank ist: In Paris herrscht der Eindruck vor, man sei mit Euro und EZB vom Regen in die Traufe gekommen.

Sowenig dieser Zusammenhang vielen Deutschen bewusst ist, so offensichtlich ist es, dass Frankreich die Folgen der deutschen Vereinigung bis heute nicht überwunden hat. Dabei ging es anfangs oberflächlich um die "volle Souveränität", die Deutschland nach dem Zwei-plus-vier-Vertrag zurückgegeben wurde, was Frankreich, wenn man so will, seiner Privilegien als Siegermacht beraubte. Die damit verbundenen Verstimmungen - etwa Mitterrands Beschluss, die in Süddeutschland und Berlin stationierten französischen Truppen abzuziehen - waren relativ bald überwunden. Schwerwiegender sind die Bedenken, die schon im Zitat von Raymond Poidevin zum Ausdruck kamen. Kurz gefasst: Ist das wiedervereinigte Deutschland nicht zu groß und mächtig für die EU? Jedenfalls steht seit der Wiedervereinigung die Frage der Gleichrangigkeit Frankreichs mit Deutschland auf der Tagesordnung. Und das ist, so wird es in Paris aufgefasst, eine neue Form der alten Frage nach dem europäischen Gleichgewicht. Welche Bedeutung dabei Veränderungen bekommen können, die uns in Deutschland nebensächlich erscheinen, hat beispielsweise der Streit zwischen Jacques Chirac und Gerhard Schröder gezeigt, als die Parität der deutschen und französischen Mandate im Europaparlament aufgehoben wurde - ganz schlicht entsprechend der Bevölkerungszahl, damals rund 80 Millionen Deutsche gegenüber knapp 60 Millionen Franzosen.

Im Grunde ist die deutsch-französische Zusammenarbeit in der EU seit der Wiedervereinigung im Krisenmodus. Übereinstimmung wurde oft nur simuliert wie etwa im Duo "Merkozy" oder bei den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrages unter der Regie von Merkel und Hollande 2013. Über dieser Veranstaltung hing ein Gefühl von "mésentente", und diese war nicht einmal "cordiale".

Für diese Dauerkrise gibt es viele Gründe. Einer davon ist eine französische Besonderheit, die die meisten Deutschen, aufgrund ihrer eigenen historischen Erfahrung, überhaupt nicht nachvollziehen können: Zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist Frankreich die einzige westliche Nation, die sich eine weltgeschichtliche "Mission" zuschreibt. Was den Amerikanern ihr "exceptionalism" ist, das ist den Franzosen die "exception française", was den Amerikanern ihr "Bill of Rights" von 1789 ist, das ist den Franzosen die "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" von 1789: eine universelle, an die ganze Menschheit gerichtete Charta der Freiheit, ein bleibender Auftrag. In Frankreich kommt dazu noch der Stolz auf die "Grande Révolution", die sich über ganz Europa verbreitete. Selbst die Diktatur Napoleons mitsamt ihrem imperialistischen Expansionismus hat aus dieser Sicht zum zivilisatorischen Fortschritt beigetragen, indem sie den "Code Napoléon" in Europa verbreitete. Dieses Narrativ bestimmt das französische Bewusstsein - und vor allem das Selbstbewusstsein - bis heute. Beispielhaft sei nur zitiert, was Präsident Hollande am 16. Mai 2013 auf einer Pressekonferenz sagte: "Frankreich ist eine einzigartige Nation. Es ist mehr als eine große Geschichte, es ist ein Entwurf, ein Projekt, und das bleibt es weiterhin. Es ist das Projekt einer Gesellschaft, die fähig ist, sich selbst zu übertreffen, um ihre Kinder besser leben zu lassen, damit sie denselben Ehrgeiz bewahren - einen Ehrgeiz, der von unseren Nachbarn und Partnern manchmal für übertrieben gehalten wird, nämlich Europa und der Welt den Weg zu weisen . . . Frankreich ist nicht das Problem, Frankreich ist die Lösung." Welch einen Aufruhr gäbe es in Europa und in der Welt, wenn ein deutscher Bundeskanzler solche Worte in den Mund nähme! Ob wirklich alle Franzosen - oder wenigstens eine Mehrheit - das so sieht, ist unbekannt. Entscheidend ist, dass die politische Klasse daran glaubt. Eine Nation, die eine so hohe Meinung von sich hat, wird politisch darauf beharren, dass sie allen anderen Nationen ebenbürtig, gleichrangig ist.

Umso größer ist der Schmerz, wenn dieses Land entdeckt, dass es, jedenfalls wirtschaftlich, in die zweite europäische Liga abzustiegen droht, während sein Nachbarland Deutschland, wiederum: zumindest wirtschaftlich, in der Champions League spielt. Deshalb wird Frankreich mit einiger Regelmäßigkeit - so war das schon in den achtziger und in den neunziger Jahren, so ist es heute wieder - von einem abgrundtiefen Pessimismus erfasst und von Niedergangsdebatten erschüttert. Nimmt man hinzu, dass auch das weltpolitische Gewicht Frankreichs abgenommen hat - etwa wegen der schwindenden Bedeutung, die heutzutage Nuklearwaffen haben -, so lässt sich im wahrsten Sinne des Wortes von einer narzisstischen Kränkung sprechen. Die oft zitierte Gleichung, die immer nur ein Trostpflaster in Form einer "sottise" war, dass die Deutschen die Mark hätten, Frankreich aber die Bombe, diese Gleichung geht nicht mehr auf.

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat vor einigen Jahren dazu geraten, Franzosen und Deutsche sollten sich nicht mehr so obsessiv aneinander messen; das Beste wäre es, wenn sie sich gleichgültiger würden. Das ist ein Vorschlag, der in der Politik selten funktioniert - und schon gar nicht in den deutsch-französischen Beziehungen. Abgesehen von der Frage, ob sich die Deutschen in der Nachkriegszeit wirklich an Frankreich gemessen haben - für die Franzosen ist Deutschland seit Jahrhunderten die wichtigste "Benchmark", und daran wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern: weil die gemeinsame Geschichte ist, wie sie ist, weil wir uns täglich begegnen, weil ständig wirtschaftliche Kennziffern verglichen werden, weil die Politik im Rahmen der EU und darüber hinaus verflochten ist.

Sich gleichgültiger zu begegnen ist auch aus einem anderen Grund unmöglich. Die EWG, die EG und später die EU sind gewissermaßen um Deutschland und Frankreich herum gebaut worden. Paris und Bonn, danach Berlin und Paris waren und sind Motor der europäischen Integration - auch wenn dieser Motor, nach diversen Erweiterungen der EU, nicht mehr stark genug ist, um ganz alleine die europäischen Geschicke voranzutreiben. Zugespielt ausgedrückt: Ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU - nicht mehr nur eine abstrakte Möglichkeit - ist vorstellbar, wenn auch nicht wünschenswert. Ein Ausscheiden Deutschlands oder Frankreichs wäre dagegen gleichbedeutend mit dem Ende der Europäischen Union.

Um noch einmal vor Idealisierungen zu warnen: Auch die großen Integrationskrisen entsprangen meist den deutsch-französischen Beziehungen. Zum Beispiel das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft 1954 in der französischen Nationalversammlung; de Gaulles "Politik des leeren Stuhles" 1965/66, um eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, die Frankreich begünstigte - jahrzehntelang ein Zankapfel in den deutsch-französischen Beziehungen -, zu verhindern, oder das Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration der Nato 1966. Selbst der vielgerühmte Elysée-Vertrag aus dem Jahr 1963 war aus de Gaulles Sicht entwertet, als der Deutsche Bundestag ihn mit einer proatlantischen Präambel versah.

Was diese unvollständige Aufzählung zeigt: Deutschland und Frankreich waren sich seit Beginn der europäischen Integration in vielen Fragen nicht einig, und das gilt bis heute. Vor allem waren sich Deutschland und Frankreich, spätestens seit der Machtübernahme de Gaulles 1958, uneinig über das Ziel der europäischen Integration, über - in Brüsseler Sprache - die "Finalität" der damaligen EWG und heutigen EU. De Gaulle propagierte das "Europa der Vaterländer", in Deutschland galt damals der "europäische Bundesstaat" als Ziel. Walter Hallstein, ehemaliger Staatssekretär Adenauers und danach erster Präsident der EWG-Kommission, veröffentlichte eine Sammlung seiner Reden und Aufsätze unter dem Titel "Der unvollendete Bundesstaat".

Die Zeit ist über beide Zielbestimmungen hinweggegangen. In Deutschland ist die Losung von den "Vereinigten Staaten von Europa", die ursprünglich von Churchill stammte, noch zur Regierungszeit Kohls aufgegeben worden. Frankreich hat als Mitglied der Währungsunion, wie alle anderen Staaten auch, Stück für Stück seiner einst von de Gaulle eisern verteidigten Souveränität aufgeben müssen und steht heute vor dem Problem, dass in der Logik der Währungsunion ein neuer qualitativer Integrationssprung notwendig sein könnte. Die Europa-Debatte ist in Frankreich heftiger als bei uns, vielleicht auch deshalb, weil die beiden großen Regierungsparteien, die Sozialisten wie die konservative UMP, in dieser Frage gespalten sind. Was aber nicht verhindert hat, dass die entscheidenden Politiker im Krisenfall, wie der Sozialist Mitterrand 1983 oder der Neogaullist Chirac 1992 (anlässlich des Maastricht-Referendums) und jetzt wieder der Sozialist Hollande, sich nicht für den Rückzug ins Nationale, sondern für den europäischen Weg entschieden.

Das gilt auch für Deutschland. Wie ließe sich sonst erklären, dass Bundeskanzlerin Merkel, die zuerst noch von einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone sprach, heute zur Lordsiegelbewahrerin der gesamten Währungsunion geworden ist und eine Rettungspolitik betreibt, die Teile ihrer Partei nur mit Zähneknirschen ertragen und die viele Ökonomen für falsch halten? Und wie wäre es sonst zu erklären, dass François Hollande sein Wahlkampfversprechen, die Europa-Politik vom Kopf auf die Füße zu stellen, nämlich von Sparen auf Wachstum umzuschalten, nach verhältnismäßig kurzer Zeit

gebrochen hat, mit der Folge, dass er heute der unpopulärste Präsident ist, den die Fünfte Republik je hatte? Allgemeiner gefragt: Was folgt aus der Feststellung, dass Deutschland und Frankreich in vielen Fragen, bis hin zu der nicht mehr öffentlich gestellten nach dem Ziel der europäischen Integration, nie einig waren und bis heute nicht einig sind, dass sie aber dennoch den europäischen Weg, wie holprig er auch immer war und ist, nicht verlassen haben?

Die gängigen Kosten-Nutzen-Rechnungen reichen nicht aus, um zu erklären, dass Paris und Berlin - wie übrigens andere Mitgliedstaaten auch - auf diesem zeitlich aufwendigen, in der Sache meist mühseligen und, was die Ergebnisse angeht, oft frustrierenden Pfad geblieben sind. In mehr als einem Fall, zu verschiedenen Zeiten, aus unterschiedlichen Anlässen und Gründen, werden sich Regierungen die Frage gestellt haben, ob die Nachteile einer EU-Mitgliedschaft ihres Landes nicht die Vorteile überwiegen. Es sind in der Geschichte der europäischen Integration ja auch immer wieder Hintertüren geöffnet worden, um zweifelnde Mitglieder bei der Stange zu halten, man denke nur an die "opt-outs" für die Briten. Überdies müssen inzwischen nicht alle auf allen Gebieten gleichermaßen mitmachen. Die Währungsunion ist das prominenteste Beispiel für diese "abgestufte Integration". Deutschland und Frankreich haben diese Möglichkeiten nie genutzt. Sie waren immer Speerspitzen der Integration.

Das Hauptmotiv für das Festhalten an der Integrationspolitik, gegen Widerstände in der Öffentlichkeit und manchmal zu dem Preis, dass Regierungen bei Wahlen dafür abgestraft und abgelöst werden, ist die Einsicht, dass dieser Weg die sicherste, verlässlichste, die produktivste Art der Zusammenarbeit ist, die Europa in seiner Geschichte je erlebt hat. Dank der europäischen Einigung leben wir nicht mehr in einer Staatenwelt, in der sich die Großen nicht darum scheren, was die kleinen Staaten denken und wollen. Jean-Claude Juncker, um - pars pro toto - nur einen Namen zu nennen, konnte es als Luxemburger Regierungschef wagen, Nicolas Sarkozy und Angela Merkel oder David Cameron zu widersprechen, und er hat sich damit sogar manchmal durchgesetzt. Wir leben auch nicht mehr in einer europäischen Staatenwelt, in der durch bilaterale oder multilaterale Bündnisse versucht werden muss, ein Gleichgewichtssystem herzustellen, das, wie die europäische Geschichte zeigt, stets labil war und in regelmäßigen Abständen in Kriege abstürzte. Wir leben in einem Staatenverbund, in dem Gewalt ausgeschlossen ist, Macht relativiert wurde und das Recht zu einem entscheidenden Faktor geworden ist. Die von dem Historiker Ludwig Dehio 1946 geprägte Formel "Gleichgewicht oder Hegemonie", die er als das Grundproblem der europäischen Staatengeschichte darstellte, diese Alternative ist durch die Methode der Integration überholt und gelöst worden - bisher und hoffentlich auch in Zukunft.

Deshalb geht es letztlich nicht oder nicht mehr um das eine große Ziel, das mit der europäischen Integration angestrebt werden sollte oder könnte. Wichtiger ist, dass eine Methode gefunden wurde, um immer wieder neue Lösungen für sehr verschiedene, immer neue, teilweise sogar selbstgeschaffene Probleme zu erreichen. Diese Methode umfasst supranationale genauso wie zwischenstaatliche und bilaterale Kooperationsformen - und auch in dieser Vielfalt mag sich jedes Mitglied nach seinem Credo und nach den Vorgaben des europäischen Rechts zurechtfinden und bedienen.

Immanuel Kant hat uns nicht nur eine Schrift "Zum ewigen Frieden" hinterlassen - bekanntlich der Name einer Herberge, nicht weit vom Schlachtfeld bei Waterloo. Er hat uns auch gelehrt, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt, oder zugespitzt formuliert: dass die Mittel wichtiger sind als der Zweck. Genau dies gilt für den europäischen Weg: Er wird nicht durch ein Endziel geheiligt, sondern ist zu einem Selbstzweck geworden. Das bringt Verunsicherung mit sich, weil der Eindruck entstehen kann, wir befänden uns auf einem Marsch ins Unbekannte. Aber genau das ist Geschichte. Der Rückblick auf sechs Jahrzehnte liefert starke Indizien dafür, dass wir mit und in Europa auf einem guten Weg sind.

Gekürzter Text einer Rede, die der Autor in Mainz vor der Stresemann-Gesellschaft hielt.

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Alle Daten und Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwendung ist nur zum eigenen dienstlichen Gebrauch möglich. Nicht gestattet sind insbesondere jegliche Weitergabe an Dritte, Vervielfältigung sowie mechanische und oder elektronische Speicherung. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts der Beiträge besteht keine Haftung und Gewährleistung.